



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21821 - 32
Fernschreiber 0626290

P/XIII/129 - 12. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Frischer und kräftiger Wind! Der Draht nach dem Osten wird immer rostiger Von G. Markscheffel	72
2 - 3	Neue Entwicklungen in den USA? Wachsende Hoffnungen der Demokraten	74
4 - 5	Hohe Politik um Eisenfang Kanonenschläge wären keine Antwort	63
6 - 7	"Recht auf die Stoaase" Von der europäischen Moral der CDU	57

* * * * *
* * * * *

Frischer und kräftiger Wind!

Vor nunmehr fast einem Jahr hat die Bundesregierung angekündigt, sie werde ihre Ostpolitik aktivieren. Das war vor der letzten Bundestagswahl, als selbst in der CDU immer häufiger die Frage gestellt wurde, warum die bundesrepublikanische Aussenpolitik nur auf einem Bein stehe. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, der auch einmal zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU gewählt wurde, gehörte zu den Männern, die seinerzeit mehrfach bei Herrn Dr. Adenauer und Aussenminister von Brentano vorstellig wurden, um eine Aktivierung der Ostpolitik zu erreichen. Gelegentlich holte man im Haus an der Bonner Diplomatenrennbahn, der Koblenzer Strasse, wo das Auswärtige Amt liegt, tief Luft, tat dann aber trotzdem nichts.

Monate sind seither ins Land gegangen. Herr Majonica mit seiner Kiege von aufrechten CDU-Männern flog zu Tschiang-kai-Schek nach Formosa, wohl um anzudeuten, dass dies die versprochene Aktivierung der bundesrepublikanischen Ostpolitik sein könnte. In der Zwischenzeit ist der unter Botschafter Dr. Pfeleiderer recht gut funktionierende Draht nach Belgrad verrestet. Zu Prag und Warschau gibt es einige private Beziehungen von Wirtschaftsexperten und Wissenschaftlern, und das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau beschränkt sich auf die Erledigung von diplomatischen Formalitäten.

Der Regierungswechsel in Frankreich lässt es angebracht erscheinen, den durch die Bonner Aussenpolitik verschuldeten Mangel an Ostkontakten erneut zu überdenken. Wie es heisst, hat Paris wenige Stunden nach der Amtsübernahme de Gaulles seine Beziehungen zu Prag, Warschau und Moskau erheblich aktiviert. Auch nach Belgrad wurden über Wien Pühler ausgestreckt, um festzustellen, ob die bisher von Paris ebenso wie von Bonn einseitig orientierte Europa-Politik nicht auch auf Osteuropa ausgedehnt werden könne. Zwischen Warschau, Prag, Belgrad und Paris gibt es starke traditionelle Bindungen, die zwar in der Zeit des Kleinentropenankens vernachlässigt wurden, trotzdem aber noch bestehen.

Im Weissen Haus in Washington ist das alles bekannt, und vielleicht fliegt Herr Dulles deshalb so überraschend schnell nach Paris. Ob er den neuen Regierungschef Frankreichs davon überzeugen kann, dass eine Aktivierung der französischen Ostpolitik vor der Gipfelkonferenz den westlichen Allianzen schadet, ist noch nicht sicher. Gewiss dürfte jedoch sein, dass de Gaulle in jedem Falle für Frankreich eine grössere europäische Manövrierfähigkeit - auch über den Eisernen Vorhang hinweg!

- anstrebt, als die früheren französischen Regierungen.

Deshalb muss erneut die Frage nach der Aktivierung der bundesrepublikanischen Ostpolitik gestellt werden. Nach der "Freueerklärung" Adenauers für seinen Aussenminister scheint in Bonn die feste Absicht zu bestehen, nichts an dem bisherigen Trotz zu ändern. Dabei spürt doch ein Blinder mit dem Krückstock, dass einige Dinge in Fluss geraten sind. Zwischen Washington und Pankow werden wegen der Festsetzung von neun amerikanischen Fliegern offizielle Kontakte angebahnt. Zwar sagte Aussenminister Dulles, es handele sich hierbei nur um einen technischen Kontakt, aber immerhin... In den USA hält man es für selbstverständlich, diese Kontakte aufzunehmen. In Bonn windet man sich, wenn es sich darum handelt, Kontakte wegen der Freilassung von Sowjetzonenhäftlingen herzustellen, und man schweigt sich sogar völlig aus - ausser in Sonntagsgesprächen - wenn es um das Schicksal der 17 Millionen Deutschen geht, die unter dem Zwangsregime der SED leben.

Die Ideenlosigkeit des Bonner Auswärtigen Amtes bei der Behandlung der meisten Ostfragen ist heute mehr denn je eine Gefahr für das Schicksal Deutschlands. Es gibt jedoch nicht wenige Leute, die der Meinung sind, dass Herr Adenauer seinen Aussenminister von Erentano aber gerade wegen dessen Ideenlosigkeit hält. Fast könnte man meinen, dass diese Leute recht haben, zu ihnen gehören jedenfalls nicht wenige Bundestagsabgeordnete der CDU.

Auch das Verhalten von einigen, dem Bundeskanzler sehr nahestehenden CDU-Abgeordneten zu der von Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier erneut befürworteten Moskau-Reise einer Bundestagsdelegation gibt zu denken. Man könnte meinen, dass diese Abgeordneten in der Umgebung des Kanzlers froh darüber sind, möglichst im engen Schneckenhaus der Bundesrepublik behütet zu bleiben. Wie andere verhalten sich die Österreicher. In Kürze wird eine grosse österreichische Delegation nach Moskau fliegen. In Washington hat man diese Reise sogar begrüsst und keineswegs den Vorwurf ausgesprochen, dass Österreich sich mit dieser Delegation auf eine gefährliche Ebene begeben.

Wie lange will Bonn noch zögern? Will es amerikanischer als einige amerikanische Politiker bleiben? In die muffige Luft der Bonner Aussenpolitik gehört ein neuer Wind; ein frischer und kräftiger Wind!

Neue Entwicklungen in den USA?

O.L., New York, Mitte Juni

Kalifornien ist eine politische Wetterfahne der USA. Nicht nur daß dieser rapid anwachsende und zunächst zweitgrößte, möglicherweise in nicht ferner Zukunft volkreichste Staat der Union, wirtschaftlich, politisch und kulturell alle Zeichen eines rapiden Aufstiegs zeigt; nicht nur daß Kalifornien ein Staat im Staat mit allen typischen Verschiedenheiten ist, die sonst nur der gesamte nordamerikanische Kontinent zeigt - von subtropischen Gebieten bis in die Gletscher und von der Wüste zu den fruchtbarsten Orangen- und Fruchtplantagen und von da zu den modernsten Flugzeugfabriken-, Kalifornien ist auch durch die besondere politische und persönliche Konstellation der amerikanischen Parteistruktur im gegenwärtigen Augenblick mehr denn je eine wohl untrügliche Wetterfahne geworden. Es zeigt den politischen Wind an. Wohin weht er?

Primärwahlen in einem politischer entscheidenden Staat

Die Ergebnisse von Primärwahlen, bei denen die offiziellen Kandidaten der beiden historischen Parteien für die heurigen Novemberwahlen von den Wählern bestimmt wurden, die im November die endgültige Entscheidung über diese Kandidaten fällen werden, sind eine politische Sensation in Amerika. Diese Primärwahlen entschieden über die republikanischen und demokratischen Kandidaten für den Gouverneurposten und für einen der beiden Senatsitze in New York. Seit 22 Jahren beherrschen die Republikaner die Staatsverwaltung. Obwohl ungefähr we. rittel der in Kalifornien eingeschriebenen Wähler als demokrater registriert sind, ist in den letzten zehn Jahren niemals ein Demokratischer Senator von Kalifornien gewählt worden. Inzwischen haben die Demokraten alles daran gesetzt, um eine wirkliche Parteiorganisation in Kalifornien aufzubauen -- und fast sieht es so aus, als ob die heurigen Novemberwahlen einer politischen Umschwung in dem zweitgrößten der Bundesstaaten mit sich bringen würden. Denn die Demokraten erhielten bei den Primärwahlen --ebenfalls zum ersten Mal seit vielen Jahren -- mehr Stimmen als die Republikaner.

Vorentscheidung für die Präsidentschaftswahlen 1960

Die Bedeutung dieser Wahlergebnisse wird durch die Person des Republikanischen Kandidaten für den Gouverneurposten noch erhöht. Senator William Knowland hat sich entschlossen, seinen Sitz im Senat und seinen

Posten als republikanischer Fraktionsführer im Senat aufzugeben, um Gouverneur zu werden. Knowland, der Führer des rechten, insbesondere in internationalen und in Fragen der Arbeitsgesetzgebung erzkonservativen Flügels der Republikaner, der Nachfolger des verstorbenen Senators Taft, hat viel weitergehenden Ehrgeiz. Sein Ziel ist zweifellos das Weiße Haus - ebenso wie das seines Freundes Richard Nixon, der ebenfalls aus Kalifornien kommt. Wenn Knowland siegen sollte, so wird er - vielleicht - Nixon im Jahre 1960, bei der nächsten Präsidentenwahl unterstützen - vielleicht auch nicht. Aber wenn Knowland im Herbst unterliegen sollte, dann gehört seine politische Zukunft der Vergangenheit an und dann wird Nixon, wenn er nicht auf seinen Heimatstaat rechnen kann, Schwierigkeiten haben, zum republikanischen Kandidaten gewählt zu werden. Und selbst wenn er kandidieren sollte, wären seine Aussichten nicht allzu gut.

Politische Schönheitskonkurrenz

Die Wahl in Kalifornien im heurigen Herbst wird also in jeder Beziehung ein Vorspiel zur Präsidentenwahl sein. Darum ist die Stimmung der Wähler nicht nur für den westlichen Pfeiler der USA so bedeutungsvoll. Die Eigenart dieser Primärwahlen macht sie nämlich zu einer politischen Schönheitskonkurrenz. Die groteske Gesetzeslage in Kalifornien ermöglicht es jedermann, sich als Kandidaten nicht nur in seiner eigenen Partei, sondern auch in der Gegenpartei zu präsentieren. Nur ein geschalteter Amerikaner wird es nicht grotesk finden, daß Knowland, "Mr. Republican", wie ihn viele nennen, auch als demokratischer Kandidat in der Primärwahl auftrat - und Mr. Brown, der starke demokratische Gegenkandidat, auch in den republikanischen Primärwahlen kandidierte... Dieses einem Aussenseiter lächerlich erscheinende System hat zur Folge, daß demokratische Wähler Gelegenheit haben, zu erklären, welcher der Kandidaten der - anderen Partei sie vorziehen. Und umgekehrt. Es ist also nichts anderes als eine Konkurrenz in Popularität. Aber gerade diese Entscheidung macht dieses Vor-Wahl-Ergebnis zu bedeutsam. Denn wer die meisten Stimmen erhält - sowohl von seinen Partei-"Freunden" wie von "Gegnern" - ist der aussichtsreichste Kandidat. Und bei diesem Popularitäts-Kampf unterlag Knowland.

Die Demokraten haben also, wie allgemein anerkannt wird, gute Aussichten für November. Sie werden, wie man nun allgemein annimmt, nicht nur die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses behaupten, sondern verstärken. Wenn sich die wirtschaftliche Lage nicht wesentlich bessert, wäre es nicht ausgeschlossen, daß die demokratische Mehrheit im Kongreß sogar so wesentlich erhöht wird, daß Eisenhowers Bewegungsfreiheit während der zweiten Hälfte seiner zweiten Präsidentschaft noch wesentlich eingeengt wird. Und darin liegt auch die Hoffnung, die die Demokraten nun für die Präsidentenwahl des Jahres 1960 schöpfen.

Hohe Politik um Fischfang

mu - In der nächsten Fragestunde des Bundestages beabsichtigt der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Diekmann aus Kiel, die Aufmerksamkeit des Parlaments auf die angekündigte Ausdehnung des isländischen Hoheitsgewässers von vier auf zwölf Meilen zu lenken. Island, dessen Wirtschaft so gut wie ausschließlich auf dem Fischfang basiert, möchte vom 1. September ab die ergiebigen Fischfanggründe um seine Insel herum bis zu zwölf Meilen ins Meer hinaus den eigenen Fischereifloten überlassen. Der kommunistische Fischereiminister Josephson des NATO-Mitgliedsstaates Island wollte die Ausdehnung der Hoheitsgewässer bereits früher vornehmen, wich aber vor den Vorstellungen der sozialdemokratischen Minister des Fischereistaates zurück.

Für die Fischfangflotten Englands, Frankreichs, Hollands, Dänemarks und der Bundesrepublik werden die besten Fänge in der Regel vor der isländischen Küste eingebracht. So ist denn der Protest, vor allem Englands und Frankreichs, gerade jetzt zu Beginn der Heringsfangsaison verständlich. Dänemark ist dabei sogar in eine schwierige Lage geraten, denn die staatsrechtlich zu unserem nördlichen Nachbarn gehörenden Faröer-Inseln möchten auch im Interesse des eigenen Fischfangs auf zwölf Meilen gehen. Allerdings wird man die Ansprüche Islands nicht mit staats- und völkerrechtlichen Überlegungen zurückweisen können, nachdem gerade die internationale Seerechtskonferenz in Genf keine Einigung über die Breite der Hoheitsgewässer gebracht hat, - und Staaten an der Küste nach dem Völkerrecht sich niemals gegenseitig die Breite des Hoheitsgebietes aufzwingen können.

Im Grunde liegt der Ausweg der ganzen Angelegenheit in gegenseitigen handelsvertraglichen Vereinbarungen, die indes nicht leicht unter Dach und Fach zu bringen sind, da Islands Exportware so gut wie ausschließlich aus Fischen besteht. Aber auch die Staaten, die um Island fischen möchten, haben Absatzsorgen mit den eigenen Fischen. So stehen vermutlich auch für Bonn diffizile Gespräche bevor; denn in der deutschen Fischwirtschaft sieht es nicht zum besten aus, nachdem der große Export in die Ostblockländer gescheitert ist, weil der Osten sich eigene Loggerflotten und Fischereifabrikschiffe anschaffte.

Etwa 28 Prozent der Anlandungen der deutschen Hochseeflotte stammen aus der isländischen Küstengewässern. Das sind jährlich immerhin 50.000 bis 60.000 Tonnen Fische. Das Vorgehen Islands ist also auch für

12. Juni 1958

die Bundesrepublik nicht leicht zu nehmen. Das schlimmste, was sie aber in dieser Situation machen könnte wäre, (so wie England) mit einem Einsatz von Kriegsschiffen der Bundesmarine zum Schutz der deutschen Fischdampfer zu drohen. Vielleicht erleben wir sogar, daß eine Handelsdelegation der Bundesrepublik nach Reikjavik fährt und am Verhandlungstisch Herrn Josephson, den Fischereiminister, vorfindet.

+ + +

Der "größte Bettler Europas" gestorben

sp - Einer der Ältesten Sozialdemokraten Europas, der 94-jährige holländische Arbeiterführer Jan Andries van Zuphen, wurde dieser Tage auf dem Amsterdamer Friedhof beigesetzt. Andries van Zuphen war führendes Mitglied der Gewerkschaft der holländischen Diamantenschleifer. Er wurde in einem armen Viertel von Amsterdam geboren. "Opa Jan", so nannten ihn die Holländer, trat frühzeitig der sozialdemokratischen Partei der Niederlande bei und war Mitglied des Landtages von Nord-Holland. Noch als Gewerkschaftler begann er mit seinem großen Werk, das ihn über die Grenzen Hollands bekannt machte. Er wurde Schöpfer der großen Arbeitskolonien und Tuberkulosenkrankenhäuser in Holland, die speziell für die Armen bestimmt waren. Er machte sich "der größte Bettler Europas", weil er aus allen Ländern Spenden für sein großes Sozialwerk sammelte. "Opa Jan", der noch an dem letzten Parteitag der holländischen Sozialdemokraten teilnahm, wurde zu seinem 90. Geburtstag im Oktober 1953 von der holländischen Königin mit dem Orden von Oranien-Nassau ausgezeichnet. Er war Träger höchster Auszeichnungen des Internationalen Roten Kreuzes für seine großen sozialen Leistungen im Dienste der minderbemittelten Bevölkerung. Nicht nur die holländische Sozialdemokratie, sondern auch die gesamte sozialistische Internationale berkt die Fahnen vor diesem großen Kämpfer für die Arbeiterbewegung.

+ + +

"Recht auf die Strasse"

sp - Viele werden sich noch an den Düsseldorfer "Sünderin"-Prozesse erinnern. Das war der Tatbestand: Vor einem Düsseldorfer Kino, das den Film "Die Sünderin" mit Hildegard Knef in der Titelrolle zeigte, war es zu Radauszenen gekommen. Unter Führung des Pfarrers Dr. Klinkhammer hatte sich eine Gruppe aufgehetzter Menschen zusammengetan, die recht handgreiflich die Kinogänger belästigten. Die Polizei musste eingreifen, um noch Schlimmeres zu vermeiden. Es kam zu einem Prozess gegen die randalierenden Ruhestörer. Die Anklage lautete: Aufrührerischer Auflauf, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Nötigung und grober Unfug. Die gesamte CDU-Presse und viele CDU-Größen leisteten den Aufwiegeln Schützenhilfe.

Was hatten die - übrigens freigesprochenen - Angeklagten zu ihrer Verteidigung zu sagen? Sie beriefen sich, assistiert von dem Landtagspräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Gockelnr, auf eine Lücke in Gesetz, die "durch das Volk" ausgefüllt werden müsse. Als Christen fühlten sie sich vor ihrem Gewissen verpflichtet, Jugend und Volk vor dem Gift eines Filmes zu schützen. Sie wollten ein Beispiel geben, damit die Verfassung "nicht durch die Verkehrsordnung gestoppt würde". Einer der Bosse und Manager der katholischen Akademiker, der Rechtsanwalt Dr. Anton Rösen, bescheinigte den Angeklagten, sie seien auf die Strasse gegangen, um höchste Güter eines Staates zu schützen. "Wir erwarten eine grundsätzliche Entscheidung darüber, ob uns der Staat zugesteht, die höchsten Güter der Menschen und des Volkes gegen gemeingefährliche Angriffe zu schützen, auch dann, wenn positive Gesetze der Staats-, -Stadt- oder Polizeibehörden uns daran hindern," rief Pfarrer Klinkhammer dem Gericht zu. Der obengenannte Rechtsanwalt Rösen bestätigte ausdrücklich das "Recht auf die Strasse", denn es sei entscheidend gewesen, dass sich in der echten Gewissensnot der Angeklagten echte Demokratie Bahn brach: der ursprüngliche Wille des Volkes. "Das Recht auf die Strasse wurde nicht von staatsfeindlichen, sondern von staaterhaltenden Kräften ausgeübt". So zu lesen in der "Rheinischen Post", dem Organ des ehemaligen Ministerpräsidenten Karl Arnold in der Ausgabe vom 1. November 1952.

Ausdrücklich sei vermerkt: Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Störung von Kinovorstellungen mit verhetzten und missbrauchter Jugendlichen hielten damals die Patentdemokraten der Christlichen Union für durchaus notwendige Mittel, um "Lücken des Gesetzes auszufüllen". Diese Märtyrer einer angeblich gefährdeten Moral wurden als Wächter echter Demokratie gefeiert ...

Es gibt noch einen anderen Fall, wo es christlich-demokratische Panatiker für notwendig hielten, auf die ihnen sonst so verpönte Strasse zu gehen. Bei der seinerzeitigen Verabschiedung des Schulgesetzes in Niedersachsen, das übrigens die christlichen Grundlagen der Schulerziehung nicht im geringsten antastete, appellierten klerikale Eiferer unter Berufung auf Gewissensnot an ihre Anhänger, vom "Recht auf die Strasse" Gebrauch zu machen.

Warum wir dies in Erinnerung rufen? Weil es die ganze Doppelzüngigkeit und doppelte Moral der CDU oder Teilen der CDU offenbart, denn was dem einen recht ist, soll dem anderen nicht billig sein.

Heute bestreitet die CDU dem Volk das Recht, in einer Frage, in der es um Sein oder Nichtsein geht, seinen Willen zu bekunden. Im Zeichen einer angeblichen Verfassungstreue geschahen gesetzwidrige Hausdurchsuchungen wie in München und erfolgten Beschlagnahmungen von Sammlungen, die der Finanzierung des Kampfes gegen den Atombomben dienen. Das Grundgesetz enthält kein Verbot von Volksbefragung, hier besteht eine Lücke, die es noch auszufüllen gilt. Aber eben dies bestreitet die CDU, obwohl sie selbst davon gern Gebrauch macht, wenn es ihren Zwecken dienlich scheint.

Verantwortlich: Günter Markscheffel